

„Wir waren keine Insel.....“
30 Jahre nach dem Herbst 1989

Hasko Hüning¹

Durs Grünbein – Schriftsteller und 1962 in Dresden geboren – lässt uns an einem Traum teilhaben: Die deutsche Nation blieb über 40 Jahre in eine östliche und in eine westliche Einflussphäre geteilt und je nach historisch-politischer Perspektive war entweder die BRD oder die DDR das eigentlich legitime Deutschland. Getrennt waren die beiden Teile nicht durch konfessionelle Konflikte oder sonstige Glaubenskriege, sondern durch den Systemunterschied zweier Gesellschaftsordnungen, die mit Blick auf Wirtschaft und Politik einander ausschlossen: „Daher der kalte Krieg, der hier seine gefährlichste Pufferzone hatte, vierzig Jahre lang.“ Doch auch dreißig Jahre nach der Vereinigung, nachdem „beide Seiten in einem kurzen Augenblick der Geschichte euphorisch aufeinander zugehen“, ist noch immer von ‚Ostlern‘ und ‚Westlern‘ die Rede und die politische Integration ist längst nicht vollendet. Aber die Teilung, so Grünbein „hat ihn das doppelte Sehen gelehrt.....sie hat aber auch die Sehnsucht nach etwas Größerem geweckt, nach einem höheren Prinzip territorialer Organisation – nennen wir es Europa.“ Er hatte 1989 nicht um die deutsche Einheit gebeten, gemeinsam mit vielen Tausenden und ihrer Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung, er hat sie dann aber begrüßt. Der Traum war weit größer: „Vielleicht, denke ich manchmal, ist ja ausgerechnet dieses kleine Ostdeutschland das wahre Herz Europas gewesen. Jedenfalls hat die Gefangenschaft im Realsozialismus stalinistischer Prägung in dem Träumer, der ich damals war und heute noch bin, zu einem proeuropäischen Bewusstsein geführt. In einem Europa der Kooperation, einem Europa nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Verflechtung liegt die Zukunft. Jeder Separatismus führt wieder nur in die Niederungen des Nationalismus, in ein Gelände der Grenzen und Zollschranken, das die Gefahr bewaffneter Konflikte in Zukunft wahrscheinlicher macht.“²

1.

In seinem Essay aus dem Jahr 1991 „Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde“³ formulierte der im Jahr 2014 verstorbene, in seiner Zunft hoch angesehene Soziologe M. Rainer Lepsius die Schwierigkeiten und Anforderungen, die bei einer seriösen Annäherung an einen Forschungsgegenstand zu beachten sind, der den Sozialwissenschaften eine einzigartige experimentelle Situation bot, in der nämlich das gesellschaftliche und politische Institutionengefüge schlagartig ausgetauscht wurde, aber die Mentalitäten, die eingeübten Verhaltensweisen und die subjektiven Befindlichkeiten weiterbestanden. Und für Lepsius ist auch schon zu diesem frühen Zeitpunkt klar, für die Legitimation der neuen Institutionen gibt es zwar einen Vertrauensvorschuss, der aber erst über die Zeit (wie lange?) „durch die Anerkennung ihrer Effizienz und Wertbezogenheit noch eingelöst werden muss.“ Zunächst aber, so formuliert er die Aufgabenstellung, bestehen diese neuen Institutionen in relativer Abkopplung von der „individuellen Lebenserfahrung und biographischen Identitätsformung“ der Menschen. Für die Politik wie aber auch für die diese Wandlungsprozesse nachvollziehenden Sozialwissenschaften ist das eine komplexe und anspruchsvolle Aufgabe ohne einfache Lösung – eine Staatsform lässt sich austauschen, ein Staatsvolk dagegen nicht. „Im Falle der ehemaligen DDR haben wir es mit einer nach Generationen gestuften doppelten Verarbeitung von Irrationalitätserfahrungen in Bezug auf das neue Institutionensystem und in Bezug auf das Institutionensystem des SED-Staates zu tun. Wie verknüpfen sich ‚Systemwelt‘ und ‚Lebenswelt‘ für sie?“ So fielen für die Bevölkerung der ehemaligen DDR über einen längeren Zeitraum „zwei strukturbedingte Formen kognitiver Dissonanzbildung“ zusammen und erforderten die Herausbildung neuer und typischer Muster der „Dissonanzbewältigung“. Zugleich wissen wir aus vielen Beobachtungen und Erfahrungen, dass die biographische Zeit und die historische Zeit institutioneller Gebilde nicht nach den gleichen Gesetzmäßigkeiten ablaufen.

¹ Senior Researcher an der HU Berlin und Mitarbeiter der Sozialistischen Studiengruppen

² Durs Grünbein (2019): Das Trauma der Spaltung. In: FAZ v. 18.9. 2019, S. 9

³ Lepsius, Mario Rainer (1991): Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde. In: Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Rotbuch Taschenbuch 35. Berlin, S. 71-76; aus Anlass seines Todes nochmals leicht gekürzt publiziert in WZB Mitteilungen, Heft 146, Dezember 2014, S. 7-10

Daher postulierte Lepsius zu recht, dass die Erforschung der DDR keineswegs passé sei: „Die DDR ist ein unbekanntes Sozialsystem, das auch von den Menschen, die in ihm lebten, zwar erfahren, aber nicht erkannt, nicht erklärt, nicht erforscht worden ist. Infolgedessen erscheint es mir außerordentlich wichtig zu sein, die DDR-Forschung, die nun einen historisch abgeschlossenen Prozess zum Gegenstand hat, sorgfältig, intensiv und mit großer Dringlichkeit zu entfalten.“ Aber das Dringliche, so mahnte er damals schon an und das Aktuellere auch für uns heute, „das, was uns auf den Nägeln brennt und auch für die Politik Relevanz hat, ist die Transformationsforschung. Wie transformiert sich das DDR-System? Wie weit hat es sich schon transformiert? Die Geschwindigkeit ist gewaltig, auch in der Selbstwahrnehmung der Bevölkerung Die Zeit bis Ende 1990, immer bloß wenige Monate, sind im Grunde historisch komplexe, einzigartige Epochen in der Selbsterfahrung der Menschen und in der institutionellen Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.“⁴

2.

Auch und gerade wenn heute in der wieder aufgeflamnten deutsch-deutschen Debatte der 4. Oktober (Sonderzüge der Reichsbahn mit DDR-Flüchtlingen aus Prag und Warschau), der 4. November (Großkundgebung auf dem Alexanderplatz) und vor allem der neunte November 1989 als Punkte des No-Return des Umbruchs erscheinen, so war in der Realität der Ost- und Westdeutschen am Tag nach dem Mauerfall wieder der Alltag eingelebt, und die Leute waren noch die gleichen, auch wenn sich die Verhältnisse rasend schnell zu ändern begannen. Es gibt bis heute – auch nach dreißig vergangenen Jahren – kein allgemein anerkanntes erinnerungskulturelles Narrativ über die DDR, das sie „als relativ eigenständige soziale Formation“ begreift mit einem spezifischen „Zusammenspiel von Sozialstruktur und Mentalitäten“ (Steffen Mau). Und es gibt kein gemeinsames Verständnis von den Umbruchphasen seit den für alle sichtbar manipulierten Kommunalwahlen Ende Mai 1989 in der DDR. Man kann eher den Eindruck haben, die Einleitung des Systemwechsels ist nach wie vor höchst umstritten und unterliegt einem veritablen Historikerstreit, der die Ambivalenzen der damaligen Situation und Entwicklung aufzuhellen sucht: So ist z.B. mit dem Begriff der Wende unmittelbar das Manöver der SED/PDS verknüpft, das politische Ruder noch einmal herum- und an sich zu reißen; zugleich gab es Aufrufe von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden, das Eigene, nämlich einen für reformierbar gehaltenen Sozialismus nicht einfach preiszugeben;⁵ und drittens formte sich der immer drängender werdende Wunsch von tausenden von Menschen, sie zur D-Mark, mithin in die dann faktisch werdende Währungsunion zu leiten.

3.

Hier versucht nun ein umfassendes Zeitzeugengespräch in die deutsch-deutsche Teilungs- und Transformationsgeschichte einzutauchen und die dramatischen Ereignisse der Jahre 1989/1990 rückblickend und kritisch zu beleuchten:

In Verantwortung

Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90

Hrsg. von Oliver Dürkop und Michael Gehler

StudienVerlag Innsbruck/Wien/Bozen 2018, 584 Seiten

⁴ Christoph Hein schrieb schon im Herbst 1989 in seinen Tagebuchnotizen: „Wir haben in einem Land gelebt, dass wir erst jetzt kennenlernen.“ NBI 1/1990. Und Wolfgang Hilbig ergänzte einige Jahre später, es sei durchaus möglich, dass sozusagen die Figur des DDR-Bürgers erst durch den Beitritt zur Bundesrepublik entstanden sei. In: Freitag v. 31.1. 1997

⁵ Siehe den von Christa Wolf am 28.11. 1989 verlesenen Aufruf „Für unser Land“; in diesem Text wurde u.a. dazu aufgerufen, eine solidarische Gesellschaft zu verwirklichen und „in gleichberechtigter Nachbarschaft zu den Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln.“ (ND v. 29.11. 1989) Dem Aufruf folgten innerhalb weniger Wochen weit über 1 Million Unterzeichner. Es wird ersichtlich, dass (1) die Opposition von einer für den misstrauischen Staatsapparat unerwarteten Perspektive getragen wird, nämlich für einen großen Teil der offen Protestierenden war es bis dato nicht genug Sozialismus und (2) schien das westliche Vorbild zunächst gar nicht so richtig leuchtend zu sein.

Die Zeithistoriker Oliver Dürkop und Michael Gehler kontrastieren Hans Modrows abwägende Suche nach einem angemessenen Maß für die Wirklichkeitsbeschreibung einer Epoche, die aus Kriegs- und Nachkriegszeiten bis in unsere Tage führt, mit dem aktuellen Forschungsstand und mit den Erinnerungen Dritter und sie kontextualisieren seine Ausführungen ausführlich mit Anmerkungen zu Personen und Ereignissen sowie mit zahlreichen Dokumenten und Fotos. Dieses umfangreiche Buch ist daher beileibe kein einfacher Erinnerungsband des Hans Modrow, keine seine Autobiographie „Ich wollte ein neues Deutschland“ (1998) bloß ergänzende Materialsammlung, „denn es liefert vor allem in den fast 400 Seiten direkten Gesprächs zeithistorisch höchst interessante und bisweilen sehr persönliche Einblicke in ein Leben im 20. Jahrhundert, in die Machtverhältnisse der DDR sowie die Ereignisse, die zu ihrem Ende und zur Vereinigung Deutschlands führten. Modrow gibt sich dabei sowohl standfest in seinen sozialistischen Idealen, aber auch als durchaus nachdenklicher und reflektierter Zeitzeuge. Er schwamm nie offen gegen den Strom, zählte aber auch nicht zu den Hardlinern.....galt er im Herbst 1989 doch als Hoffnungsträger, der die DDR reformieren könnte, als er mit seiner Wahl am 13. November 1989 mit nur einer Gegenstimme zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt“ wurde (Stefan Locke, FAZ v. 15.4. 2019). Sein Spitzenamt bekleidete Modrow nach den vorgezogenen Wahlen in der DDR am 18. März 1990 bis zum 12. April, für 150 Tage also, eine späte Berufung mit knapper Zeitperspektive. Das Buch ist dennoch wichtig, weil es gerade auch in der Person dieses Zeitzeugen „hilft, die Erfahrungen mit der Teilung des Landes nicht einseitig, sondern multiperspektivisch zu erzählen“ (ebd.) und auf diese Weise die Erinnerungen für die politischen Herausforderungen der Gegenwart zu sensibilisieren und zu aktualisieren. Man wird Hans Modrow gerade auch mit Blick auf seine späteren politischen Aktivitäten wie die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag von 1990-1994, im Europäischen Parlament von 1999-2004 sowie als Mitbegründer der Sozialistischen Linken Europas und seit 2007 bis heute als Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE wohl fragen dürfen, ob dieses Buch auch den Charakter eines Vermächtnisses hat.

4.

O. Dürkop und M. Gehler räumen schon recht früh in den Interviewpassagen mit Modrow ein: „Die Geschichte der DDR beginnt nicht am 7. Oktober 1949 und endet nicht am 3. Oktober 1990, das wird uns in den Gesprächen immer bewusster“; (S. 113) und in ihrem Fazit betonen sie, dass „die Erfahrung mit zwei deutschen Staaten sich gegen eine einseitige Perspektive sträubt, sondern vielmehr eine mehrdimensionale und multiperspektivische Geschichtsdarstellung erfordert.“ (S. 87)

Mit dem Frühjahr 1989 war ein Punkt erreicht, an dem sich das SED-Regime nicht mehr artikulieren und vermitteln konnte; die Sprachlosigkeit ging Schritt für Schritt in eine tendenzielle Handlungsunfähigkeit über. Beides signalisierte den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern das Unvermögen der politischen Führung, das Zerrinnen ihrer Ideologie und das Versagen der eigenen Politik zu begreifen. So setzte das Regime selbst - unter dem Druck einer vielgestaltigen Bürgerbewegung - eine Dynamik mit in Gang, die zur Implosion des politischen Systems führte. In den Worten von Hans Modrow: „Wir politischen Funktionäre waren damals insofern Trottel, als wir nicht sahen, was in unserer Gesellschaft sich binnen kurzem verändert hatte. Der politische Apparat war wie gelähmt Was an der Grenze und im Lande geschah, war ein innenpolitisches, aber auch ein internationales Problem, nämlich eine Frage des Bündnisses Die DDR reagierte in jeder Hinsicht kopflos, indem sie keine Urlauber mehr rausließ Das verstärkte das Gefühl der Ohnmacht, der Hilflosigkeit, des Ausgeliefertseins, des völligen Eingesperrtseins für die DDR-Bürger. Der Unmut wuchs von Stunde zu Stunde, die Führung schwieg zu allem. Das war ein Hauptvorwurf bei den Montagsdemonstrationen, die seit dem Sommer in Leipzig und später fast überall im Land sich durch die Städte bewegten: die Sprachlosigkeit. Als der eingeforderte Dialog ausblieb, wurde darauf hingewiesen, wer der Souverän war: ‚Wir sind das Volk‘ war die Losung.“ (171/172)

Diese Form einer „Revolution von oben“ (Gabriele Lindner) durch eine sich schon länger hinziehende politisch-theoretische Auszehrung führte im Herbst 1989 zum beschleunigten Zerfall der SED-Herrschaft – bis zum Oktober galt die Macht der SED als unerschütterlich, einen Reformflügel in der SED-Spitze gab es nicht und anderweitig getragene politische Mehrheiten für Veränderung waren nicht erkennbar. Die Partei wurde dann im Folgejahr 1990 durch andere Akteure (auch von außen) aufgerieben. Was früher

starr war, geriet nun in Bewegung; die Partizipation relevanter Bevölkerungssegmente kann keine Gesellschaftsordnung auf Dauer ignorieren.

5.

Auf Antrag Modrows wird am 1. Dezember 1989 in der Volkskammer der DDR der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung hatte er am 13. November den durch die demonstrierenden Menschen auf den Straßen erzwungenen Transformationsprozess aufgegriffen und im Selbstverständnis als Moderator eines friedlichen Übergangs auch mittragen müssen. Er kämpft zwar zunächst noch um „sozialistische Schadensbegrenzung“, setzt sich aber durchaus rigoros von den Debatten der Partei ab und sieht sich ab dem Januar 1990 gezwungen, zunehmend in nationaler (ost-) deutscher Verantwortung zu handeln. Dabei geht der Draht zur Sowjetunion, die sich deutlich erkennbar in einem systemischen Erosionsprozess befand, nach und nach verloren. Vor diesem Hintergrund ergriff Modrow am 1. Februar 1990 mit seiner Konzeption „Deutschland, einig Vaterland“ die Initiative. Die Konzeption sah eine schon früher diskutierte Vertragsgemeinschaft sowie die Übertragung von Souveränitätsrechten auf eine deutsche Konföderation unter Einhaltung der Neutralität als außenpolitischen Status vor. Damit war die Idee, einen eigenständigen DDR-Staat zu erhalten, - nach einem deprimierenden Moskau-Gespräch mit Gorbatschow, das die Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens durch einen weitgehend fehlenden bündnispolitischen Rückhalt unterstrich - endgültig vom Tisch.

Es gab allerdings für die Bundesregierung in der Konzeption „Deutschland, einig Vaterland“ einen Aspekt, der, auch schon in allen vorherigen diesbezüglichen Initiativen der DDR-Regierung enthalten, nach wie vor für große Unruhe und Besorgnis sorgte, nämlich die Frage der Einbeziehung des ganzen Landes in das westliche Sicherheitsbündnis der NATO oder seine (militärische) Neutralität. Kanzler Helmut Kohl war sehr darüber besorgt, dass die Idee eines vereinten neutralen Deutschland, dass keinesfalls der NATO angehören solle, in der deutschen Bevölkerung mehrheitsfähig werden könnte; die Idee eines neutralen Deutschland wurde auch von den Bürgerrechtlern des Runden Tisches, die als Minister ohne Geschäftsbereich der Modrow-Regierung angehörten, mitgetragen. Der besorgte Bundeskanzler führte aus:

„Die Initiative Modrows zeigt uns, dass die Sowjetunion auf die Frage, wie der Zusammenbruch der DDR abzuwenden sei, keine Antwort wusste. Das, was von östlicher Seite vorgeschlagen wurde, unterschied sich von meinem 10-Punkte-Programm in einem enorm wichtigen Punkt, wie die Präzisierungen Modrows nach seiner Heimkehr aus Moskau am 1. Februar in Ost-Berlin bestätigen: Das vereinte Deutschland sollte neutral sein. Hätte Gorbatschow jetzt das Angebot einer raschen Wiedervereinigung gegen NATO-Austritt und Neutralität unterbreitet, so hätte dies in der Öffentlichkeit beider deutscher Staaten auf breite Zustimmung stoßen können. Der daraus resultierende Druck auf die Politik hätte fatale Folgen haben können. Ich war zutiefst davon überzeugt, dass die Neutralisierung für uns, wie für Europa insgesamt, ein verhängnisvoller Fehler wäre, im Ergebnis so schlimm, wie nur noch die Isolierung Deutschlands durch den Vertrag von Versailles. Eine Neutralisierung Deutschlands hätte schon sehr bald eine Erosion und dann das Ende von NATO und EG bedeutet.“⁶

Wie wir wissen, hat sich Kohls Besorgnis durchgesetzt. Die Übernahme des westdeutschen Institutionen-Modells für die erweiterte Bundesrepublik und die Ausdehnung der westlichen Institutionen als Konzept der Neuordnung des postkommunistischen Europa erschienen damals als die passende Antwort. Hans Misselwitz resümiert 2015 seinerseits rückblickend: „Deutschland ist heute fest im westlichen Bündnis verankert. Daraus folgt eine besondere Verantwortung des Landes für den Frieden in Europa und nicht zuletzt gegenüber Russland, das weder in die europäischen noch in die atlantischen Bündnisse integriert ist. Jenseits historischer Verantwortung geht es heute um diejenige, die aus der Zustimmung zur deutschen Vereinigung und zur weiteren Westbindung Deutschlands erwächst, also um den Vertrauensvorschluss von damals, der ohne eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands nicht eingelöst ist. Das ‚Geschenk der deutschen Einheit‘ ist somit Grund genug, sich mit allen

⁶ Helmut Kohl (1996): „Ich wollte Deutschlands Einheit“. Berlin, S. 254; hier zit. S. 78

Kräften dafür zu engagieren, die Fenster für eine Ordnung des Friedens in ganz Europa wieder zu öffnen – so schwer der Weg dahin auch sein mag.“⁷

6.

Durs Grünbeins Traum aufgreifend wird man wohl nicht fehlgehen zu sagen, der Umbruch in der DDR 1989/90 war auch ein europäisches Ereignis, ebenso wie auch im weiteren das Ende des „institutionalisierten Kommunismus unter sowjetischer Hegemonie“ zwei Jahre später. Jürgen Kocka konstatiert, dass der Zusammenbruch des Sowjetimperiums realhistorisch zu einer wie er findet „spektakulären Bestätigung des Nationalstaatsprinzip“ geführt habe, denn die Zunahme der Zahl selbständiger Nationalstaaten mit einem „Zugewinn an nationaler Souveränität und Identität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“ sei schon beeindruckend und habe in der Geschichtswissenschaft zu einer „Stärkung des dominanten nationalgeschichtlichen Zugriffs“ beigetragen. Zu einem Trend- oder Paradigmenwechsel des historischen Denkens und Forschens sei es nicht gekommen. „Im Grunde sollte das nicht verwundern. Anders als die Revolutionen von 1789 und 1917 war die Umwälzung von 1989/1991 nicht mit einer neuen Utopie, nicht mit einer Vision der zivilisatorischen Neugestaltung, nicht mit einem neuen Wirklichkeitsentwurf verbunden Im Kern ging es um die Durchsetzung bereits vorher formulierter Grundsätze in einem Teil der Welt, der sich [den Akteuren - d. Verf.] bis dahin versperrt hatte.“⁸

Ähnliches ließe sich auch für den Umbruch 1989/90 in der DDR und für den anschließenden Transformationsprozess formulieren.⁹ Die Jahre 1989ff haben für die Menschen in der DDR einen „enormen Mobilitätsschub“ (Eilenberger) gebracht, der offene Grenzen und auch Möglichkeiten aktiver Migration eröffnete. Der Fall der Mauer erlaubte es vielen Menschen, sich von heute auf morgen ungehindert im sich neu ordnenden territorialen Gefüge Europas zu bewegen. Politisch ging das nicht so leicht. Die politische Erstarrung der späten DDR löste sich nicht einfach auf, die Möglichkeitsräume für eine zivilgesellschaftliche Selbstkorrektur blieben beschränkt, bzw. „.....für die politische Selbstfindung bot die Nachwendegesellschaft mit ihren ökonomischen Existenzkämpfen zu wenig Raum. Heute sind die Selbstheilungskräfte im Osten zu wenig ausgeprägt.....und mit einer identitätspolitischen Aufwertung des Ostens ist die Lage auch nicht zu lösen.....Wir haben in Ostdeutschland nicht mehr das klare Entwicklungsziel, sich dem Westen anzunähern.“¹⁰

Die Zukunft der DDR-Geschichte scheint offen; 30 Jahre nach dem Herbst 1989 wäre es an der Zeit, so mahnt Ilko-Sascha Kowalczyk an, die ganze Palette der DDR-Gesellschaft und die Transformationsgeschichte miteinander verknüpft zu erzählen. „Wenn wir Forscherinnen und Forscher es schaffen, ostdeutsche Geschichte, die Hoffnungen, Träume, Aufbrüche und Enttäuschungen als einen Fluss im Strom der Zeit des 20. Jahrhunderts zu erzählen, dann sind wir auch nicht mehr weit entfernt von der schon lange geforderten gesamtdeutschen Geschichte.“¹¹

In der rückblickenden Betrachtung von Hans Modrow: „Die DDR, und das ist das Problem, das bis heute ungelöst ist, muss als Teil der deutschen Geschichte betrachtet und angenommen werden. Die DDR war kein Betriebsunfall, kein Sonderfall der Geschichte, sondern logische Folge der Jahre zuvor. Die BRD-Geschichte ist ohne die DDR-Geschichte nicht zu verstehen wie eben die DDR nicht ohne die BRD-Geschichte zu erklären ist. Um es klar zu sagen: Erst wenn die DDR-Geschichte (und nicht nur sie) in das deutsche Geschichtsbild integriert ist – und zwar nicht als Fremdkörper oder Aussatz, sondern als

⁷ Hans Misselwitz (2015): Die offenen Fenster von 1990. Die deutsche Einheit und die vertane Chance auf Frieden in Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 3, S. 69-79; Misselwitz war 1990 Abgeordneter (SDP) der Volkskammer und parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium der DDR sowie Vertreter der DDR bei den 2+4 Verhandlungen. H. Misselwitz behandelt die europäische Sicherheitsproblematik um die 2+4 Verhandlungen in seinem Text ausführlicher.

⁸ Jürgen Kocka (2014): Umwälzung ohne Utopie. In: WZB Mitteilungen Heft 146, S. 11-14

⁹ Hierunter wäre auch die wesentlich modernisierungstheoretisch fundierte Aufarbeitung des über 40 Bände umfassenden KSPW-Projekts (vom Wissenschaftsrat 1991 initiierte „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.“) zu fassen.

¹⁰ Steffen Mau (2019): Ostdeutschland ist kein eingebildeter Kranker. Ein Gespräch. In: FAZ v. 28.8. 2019, S. N4

¹¹ Ilko-Sascha Kowalczyk (2019): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München, S. 214

etwas Natürliches, als einen legitimen Versuch einer gesellschaftlichen Alternative, dann können wir von der Vollendung der Einheit reden. Denn dann ist die tatsächliche Gleichberechtigung erreicht, von der heute nur geredet wird, die aber nicht existiert.“ (419)

Berlin, 21.10. 2019